Nummer 161. XXI. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Montag, 28. März 1892.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten.

Bei Beginn der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm Ministerpräsident Graf **zu Eulenburg** das Wort zu folgender Erklärung:

Meine Herren, den Mittheilungen, welche über Personenveränderungen im Staatsministerium Ihnen zugegangen sind, möchte ich Folgendes hinzufügen:

Die Vereinigung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten bringt, nicht erst in neuerer Zeit, eine solche Menge von Arbeit und Verantwortung mit sich, welche die Kraft und die Leistungsfähigkeit eines Mannes vorzeitig aufzureiben geeignet ist. Dazu kommt, daß die Stellung des Reichskanzlers eine freiere wird, wenn dieselbe von Zwischenfällen unabhängig ist, welche allein innere preußische Angelegenheiten betreffen. Wenn diese Erwägungen dahin geführt haben, das Amt des Reichskanzlers von dem des Präsidenten des Staatsministeriums zu trennen, so ist dadurch, daß der Reichskanzler Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Mitglied des preußischen Staatsministeriums bleibt, zugleich Vorsorge getroffen, daß die einheitliche Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und das bisherige gegenseitige Verhältniß des Reichs und Preußens nicht beeinflußt wird.

Was sodann den Ihnen vorgelegten Entwurf über die Volksschule anlangt, so haben die Erörterungen desselben in diesem Hause wie im Lande scharfe Gegensätze hervortreten lassen, welche sich bisher unvermittelt gegenüberstanden. (Hört! hört!) Auch die Berathungen Ihrer Kommissionen haben zu einer Verständigung nicht geführt (Lachen rechts und im Centrum), und die Aussicht, daß sich eine solche wird erreichen lassen, nicht eröffnet. (Oho und Lachen rechts und im Centrum.) Da unter diesen Umständen ein befriedigendes Ergebniß nicht zu erwarten ist, so verzichtet die Regierung auf die Fortsetzung der Berathung dieses Gesetzentwurfs. (Lebhafte Bewegung, Lachen und Zischen rechts und im Centrum, Beifall links und bei den Nationalliberalen.) Sie behält sich weitere Erwägung vor, wann und in welcher Weise innerhalb des durch die Verfassung gegebenen Rahmens auf die Angelegenheit zurückzukommen ist. (Lebhafter Beifall links und bei den Nationalliberalen. Lachen und Zischen rechts und im Centrum.)

* * *

Der heutigen Sitzung im Abgeordnetenhause sah man mit begreiflicher Spannung entgegen. Sollte doch in derselben das vervollständigte preußische Ministerium zum ersten Male, mit dem neuen Ministerpräsidenten an seiner Spitze, vor der Volksvertretung erscheinen. Bei der Lage unserer inneren Politik konnte die Vermuthung nicht zurückgewiesen werden, daß von Seiten der Staatsregierung eine Erklärung abgegeben werden müßte. Dies ist denn auch geschehen. Graf Botho Eulenburg erschien vor Beginn der Sitzung in der Ministerbog, woselbst auch der neuernannte Kultusminister bemerkt wurde, und wurde von vielen alten und ältesten Freunden herzlich begrüßt. Mit den Abgeordneten Greiff, Sombart, Liebert, Pilgrim, v. Kardorff tauschte er Händedruck und freundliche Bewillkommnungsworte. Nachdem die üblichen Formalien durch den Präsidenten erledigt waren, erbat sich der neue Ministerpräsident, dem übrigens die lange Abwesenheit von dem aufreibenden Leben und Treiben der Hauptstadt sehr gut bekommen ist, zu einer Erklärung vor der Tagesordnung das Wort.

Der eigentliche Schwerpunkt dieser Kundgebung der Staatsregierung liegt in dem zweiten Theile, welcher sich auf die Schulgesetzvorlage bezieht. In dieser Hinsicht kann man der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten die Anerkennung nicht versagen, daß dieselbe durch ihre Korrektheit überall da im Lande befriedigung hervorrufen wird, wo man weder der Fahne v. Hammerstein, noch der Fahne v. Huene unbedingte Folge zu leisten Lust hat. Die Staatsregierung konstatirt durch den Ministerpräsidenten: Einmal, daß die Schulgesetzvorlage im Lande eine große Aufregung hervorgerufen hat. Damit sind von der höchsten amtlichen Stelle alle diejenigen Stimmen, sowohl in den Landtagsparteien als in der Presse, als falsch zurückgewiesen worden, welche von einer künstlichen Erregung gesprochen, die keinen Wiederhall und keinen Eingang in das Volk gefunden hätte. Vor einer künstlich erzeugten Stimmungsmache angesichts eines Gesetzentwurfes von der Bedeutung der Schulgesetzvorlage weicht keine preußische Regierung zurück. Die Stimmungsmache war diesmal auf Seiten derer, welche ein Interesse daran hatten, über die wahre Volksmeinung allerhand verdunkelnde Schatten gleiten zu lassen. Dieses Spiel hat schließlich die Staatsregierung noch rechtzeitig als ein solches erkannt. Sie will deshalb die Erregung im Volke, welche durch die Einbringung des Volksschulgesetzentwurfes veranlaßt wurde, nicht unnütz vermehren und verlängern und verzichtet auf die Weiterberathung desselben. Weshalb die Staatsregierung nicht geradezu die Erklärung abgegeben, daß sie den Entwurf zurückziehe, darüber kann man nur eine Vermuthung wagen. In der Sache kommt es auf dasselbe hinaus. Die Regierung hat sich ausdrücklich von diesem ihrem eigenen Entwurfe losgesagt, obgleich für denselben eine sichere Mehrheit in der gegenwärtigen Volksvertretung vorhanden ist. Und warum giebt die Regierung ihren eigenen Entwurf preis? Weil sie die Ueberzeugung gewonnen hat, daß mit diesem Hause eine Verständigung unmöglich geworden ist. Mit diesen Worten hat es der neue preußische hochkonservative Ministerpräsident rund herausgesagt. Damit hat die Staatsregierung zweitens zugestanden, daß sich die augenblickliche, unter ganz ausnahmsweise wirksam gewesenen Einflüssen gewählte Volksvertretung in einen unauflöslichen Widerspruch mit der thatsächlich vorhandenen Volksstimmung befindet. In dieser Anerkennung der wahren öffentlichen Meinung, welche durch die Schulgesetzvorlage in eine ungeheure Erregung versetzt wurde, wie sich dieselbe in den oben angeführten Worten des Herrn Ministerpräsidenten kundgiebt, liegt eine Thatsache von unermeßlicher Bedeutung und von weitreichendem Schwergewicht. Freilich aus den Reihen der Mehrheitsparteien, machten sich lebhafte Unwillensbezeigungen über diese Aeußerungen geltend d. h. Murren und Brummen tönte dem neuen Ministerpräsidenten entgegen, als er von der Unmöglichkeit der Verständigung mit diesem Hause sprach. Aber der Herr Ministerpräsident ließ sich durch diesen üblen Empfang, der ihm von Seiten des schwarzen Kartells bereitet wurde, nicht im Allermindesten aus seinem seelischen Gleichgewicht bringen. Und um auch nicht den mindesten Zweifel über die Absichten der Regierung aufkommen zu lassen, fügte Graf Eulenburg hinzu, daß sie es sich ihrer eigenen Entscheidung vorbehalten müsse, wann und in welcher Weise innerhalb der verfassungsmäßigen Grenzen die Frage der gesetzlichen Neugestaltung des Volksschulwesens geregelt werden würde. Auch dieser Punkt ist von großer Wichtigkeit, denn man darf in dieser Erklärung die unausgesprochene Zusage erblicken, daß die Regierung dieses Abgeordnetenhaus mit keiner weiteren Schulgesetzvorlage behelligen würde. Und das ist sicherlich das Allerbeste.

Ein Landtag von solch einer extremen Zusammensetzung ist eben kein geeignetes Mittel, um sich mit ihm über einen Gesetzentwurf von der Bedeutung eines Volksschulgesetzes zu verständigen. Daß sich diese Erkenntniß endlich in unserem Ministerium Bahn gebrochen, und daß dieser Erkenntniß durch den Mund eines hochkonservativen Ministerpräsidenten ein so einwandsfreier Ausdruck verliehen wurde, darin liegt die große Bedeutung des Momentes. Und diesen Moment mit herbeigesehnt zu haben, darf sich die gesammte liberale Presse, dürfen sich die liberalen Parteien — die Freikonservativen eingeschlossen — zum Ruhme anrechnen.

Ein neues Dynamit-Verbrechen in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

β **Paris**, 27. März, Abends.

Wenn die Pariser Polizei ausposaunte, nunmehr den Dynamitbolden auf der Spur zu sein, so haben damit doch die Attentate nicht aufgehört. Eine heute Morgen um 8 Uhr im Hause der Rue Clichy Nr. 39, Ecke der Rue de Berlin, im Quartier de l'Europe*) vorgekommene Explosion übertrifft in ihren Wirkungen alle bisher dagewesenen. Sind auch keine Todten zu beklagen, so haben wir dieses Mal doch sechs mehr oder minder leichte Verwundungen; eine Frau ist schwer verletzt worden; die Zerstörungen, welche diese Explosion angerichtet hat, sind derartige, daß das betreffende Haus wie das anstoßende Hofgebäude des Nachbargrundstückes von den Miethern geräumt werden mußten. Das Haus ist von unten bis oben auseinandergeborsten. Die Treppen sind zertrümmert, die Fenster gesprengt. Die Treppe ist bis zum fünften Stockwerk zertrümmert. Das eiserne Gitter an der Rampe des Hauses ist verbogen, der Treppenflur eingestürzt und verwüstet. In allen inneren Räumen sind die Thüren und Fenster aus den Angeln gerissen, die Bekleidung der Wände ist zerfetzt, die Möbeleinrichtung zerstört. Auch die Fensterscheiben und Läden der benachbarten Häuser sind zertrümmert.

Das Entsetzen der Bewohner dieser Grundstücke in Folge der Explosion war unbeschreiblich. Das Haus, in welchem sich im Parterre eine Apotheke befindet, wird von Leuten des mittleren Bürgerstandes bewohnt, darunter im fünften Stock Staatsanwalt Bulloz, der vor fünf Monaten in einem Prozeß gegen Anarchisten die Anklage zu vertreten hatte. Die Hausbewohner meinen, daß das Attentat auf letzteren gemünzt gewesen sei; dieser selbst hält es für zweifelhaft, daß die Anarchisten gerade in seiner Wohnung ein Attentat gegen ihn hätten versuchen sollen, um Rache an ihm zu nehmen.

Aus den bereits angestellten amtlichen Erhebungen — die Minister Loubet und Ricard haben sich nach dem Thatort begeben — scheint hervorzugehen, daß die Höllenmaschine, welche die Explosion verursachte, in der zweiten Etage vor der Thür eines gewissen Guillaume niedergelegt worden sei. Der Portier, welcher nach Pariser Sitte blos seine Thürschnur zieht, ohne sich darum zu bekümmern, wer ein- und ausgeht, weiß natürlich von nichts.

Die einzige bisher festgestellte Ermittelung, welche auf den Thäter hinzudeuten scheint, bezieht sich auf die Aussagen eines fünfzehnjährigen jungen Menschen Namens Emile Pyl, der mit anderen Mitgliedern einer Gesellschaft, welche sich „Franctireurs von Batignolles" nennt, in dem Augenblicke, wo die Explosion stattfand, bei dem Hause vorbeikam und vor Schrecken die Flucht ergriff und durch die Rue Moncey nach der Rue Blanche lief. Dort bemerkte er, daß ihm ein etwa 45jähriger Mann mit grauem Barte folgte, der abgeschabte bürgerliche Kleidung, einen weichen Filzhut und im Knopfloche die Tonkingmedaille oder die Tapferkeitsmedaille trug. Dieses Individuum, welches ebenso schnell lief, wie der junge Mensch, holte letzteren schließlich ein und fragte ihn: „Wohin läuft Du, was ist los?" — „Haben Sie denn die schreckliche Explosion nicht gehört?" erwiederte der Angeredete, „ich will die Feuerwehr benachrichtigen." — „Es ist nicht nöthig, es ist ja weiter nichts, bleiben Sie nur ganz ruhig," war die Antwort des mutmaßlichen Dynamitbolzes. Als letzterer darauf das Erstaunen des jungen Mannes bemerkte, ergriff er selbst die Flucht. Diese Aussage ist in allen Punkten unklar.

Nur dem Umstande, daß die Explosion in früher Morgenstunde stattfand, also zu einer Tageszeit, wo die meisten Bewohner, zumal da Sonntag war, noch in den Betten lagen oder sich in den nach hinten gelegenen Schlaf- und Toilettenzimmern befanden, ist es zu danken, daß nicht Menschenleben zu beklagen sind. Die Bombe war auf der Vordertreppe niedergelegt und hat die hinteren Zimmer nicht erreicht, wohl aber Alles in den Vorderzimmern zu Staub vernichtet. Aufregung und Schrecken fangen nunmehr an, sich der Bevölkerung von Paris zu bemächtigen, der ganze Frühjahrs-Fremdenverkehr scheint in Frage gestellt zu sein.

Nach den neuesten Feststellungen wäre die Explosion hervorgerufen durch eine 3 bis 5 Kilogramm Dynamitfassende zerbrochene Schachtel, welche in 3 bis 4 Kapseln Zündpulver enthielt. Diese Kapseln waren durch eine Zündschnur verbunden. Kein Stück des Sprengwerkzeuges wurde wieder aufgefunden. Die Polizei vermuthet, Ravachol, welcher das frühere Attentat beging, sei auch der Urheber der gestrigen Explosion.

* * *

Paris, 27. März. (W. T. B.) Auf einem Fenster des Gendarmeriegebäudes zu Ivry bei Paris wurde ein Rohr gefunden, das mit einem halb verbrannten Zünder versehen war. Das Rohr enthielt heftig wirkende Explosivstoffe.

Die große Beunruhigung der Bevölkerung, welche durch die letzten Explosionen hervorgerufen ist, findet ihren Ausdruck in den Blättern, die durchweg konstatiren, daß die Situation eine sehr ernste sei. Viele tadeln die Regierung und die Polizei wegen Mangels an einer energischen, zielbewußten Aktion. Das „Journal des Debats" verlangt vor Allem eine entschiedene Unterdrückung der anarchistischen Propaganda, welche nicht genug überwacht sei. Die Organe der konservativen Partei greifen das Ministerium auf das Heftigste an, das gegen arme Priester die Strenge der Gesetze handhabe, die Elemente der Unordnung jedoch ermuthige. Andere Journale sprechen ihre Befürchtung wegen des 1. Mai aus und hegen die Besorgniß, die Einschüchterungen von Seiten der Anarchisten könnten den von letzteren beabsichtigten Erfolg haben; mehrere Hausbesitzer hätten bereits dem Richterstande angehörigen Miethsparteien gekündigt unter Hinweis auf die jüngsten Attentate. Eine Anzahl Deputirter beabsichtigt einen Antrag einzubringen, nach welchem der Staat für die durch solche Explosionen verursachten materiellen Schäden aufzukommen hat.

* * *

Paris, 28. März. (W. T. B.) Die gestern Abend in der Kirche zu Belleville zwischen zwei Predigern stattgehabte polemische Konferenz hat neuerdings zu Unordnungen und Ausschreitungen Anlaß geboten. Die Sozialisten und Anarchisten brachten Hochrufe auf die Kommune aus und riefen: „Nieder mit den Jesuiten!"; die Gläubigen erwiderten mit religiösen Gesängen. In Folge des Tumults sah sich die Polizei zum Einschreiten genöthigt, doch gelang es derselben nur schwer die Ordnung wiederherzustellen. Die Ausschreitungen wurden außerhalb der Kirche noch einige Zeit fortgesetzt.

---

* Die **Trennung des Reichskanzleramtes von der preußischen Ministerpräsidentschaft** wird in den „Hamburger Nachrichten" einer ausführlichen Erörterung unterzogen. Der Versuch des Jahres 1873 könne nicht gegen die neue Einrichtung ins Feld geführt werden. Das damalige Ministerium habe mehr heterogene Elemente enthalten als das jetzige. Zwischen dem konservativen Roon und dem liberalen Camphausen walteten weitgehende prinzipielle Meinungsverschiedenheiten ob, und die Form des Verkehrs zwischen den beiden Ressorts für Krieg und Finanzen trug zur Ueberwindung der Gegensätze nichts bei. Der offenbar vom Fürsten Bismarck inspirirte Artikel fährt fort:

Man kann durchaus nicht sagen, daß der damalige Versuch an Schwierigkeiten und Differenzen gescheitert wäre, die zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Reichskanzler stattgefunden hätten. Beide waren nach wie vor unterlich vollkommen einig, da Graf Roon den Versuchen reaktionärer Heißsporne, beide zu entzweien, dauernd widerstand, wie seine kürzlich veröffentlichte Correspondenz auf das Unzweideutigste beweist. Die Frictionen hatten innerhalb des preußischen Ministeriums selbst ihre Wurzel. Das Kollegium vertrug sich nicht mit seinem Vorsitzenden, und Letzterer, ohnehin leidend und müde, verzweifelte schließlich an der Möglichkeit, gegen diese Verstimmung länger mit Erfolg anzukämpfen. Wenn man sich ein preußisches Ministerium denkt, das übereinstimmt und durch persönliches Wohlwollen unter sich verbunden ist, so halten wir den Beweis, daß die Trennung der Reichskanzlerschaft von dem preußischen Ministerpräsidium unthunlich sei, für noch nicht geführt und müssen der Erfahrung, die darüber bevorsteht, die Entscheidung des Streites anheimgeben. Nur liegt kein Grund vor, in dem jetzigen preußischen Ministerium mit dem Grafen Botho Eulenburg an der Spitze Uneinigkeiten voraussehen, deren Beilegung dem geschäftskundigen und formgewandten Präsidenten nicht gelingen sollte. Er steht nach seiner ganzen Vergangenheit seinen Kollegen viel weniger fern als seiner Zeit Graf Roon den hervorragenderen Mitgliedern des Kabinets, und seine Höflichkeit verläßt ihn auch in erregten Diskussionen nicht.

Sodann wird die Stellung des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten erörtert. Dieselbe werde vielfach unterschätzt:

Dieser hat nicht nur die wenigen preußischen Diplomaten zu instruiren, sondern er ist auch der Ressortminister für die Beziehungen Preußens zum Reiche, sagen wir, für die „deutschen Angelegenheiten", die im preußischen Staatsministerium verhandelt werden; gewiß für Preußen keine unwichtige Aufgabe. Dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten steht die Instruktion der siebzehn preußischen Stimmen im Bundesrathe ressortmäßig zu, und in Fällen, wo er der Zustimmung des Staatsministeriums ohne Rückfrage gewiß zu sein glaubt, kann er diese Instruktion auf eigene Verantwortung ertheilen, und wenn er der Zustimmung des Gesammtministeriums zu bedürfen meint, so ist er selbst der vortragende Ressortminister für seine eigene Sache. ... Der auswärtige Minister Preußens, der nicht zugleich Reichskanzler wäre, könnte sogar diesem seine Instruktion für den Bundesrath zuschicken und ihm unter Umständen das Leben sehr schwer machen. Die Schwierigkeiten, die hier eintreten könnten, sind bisher in der natürlichsten Weise durch Uebertragung beider Aemter auf eine Person vermieden worden, und dies wird so bleiben müssen.

Das Blatt des früheren Kanzlers sieht also für jetzt keinen Grund, daß die Trennung der Aemter des Reichskanzlers und des preußischen Ministerpräsidenten geschäftlich unhaltbar sein sollte. Das jetzige Verhältniß wird in folgender Weise charakterisirt:

Man kann von der neuen Einrichtung sagen, daß sie das Prinzip des Kartells zwischen Konservativen und Nationalliberalen auf die Regierungsorgane überträgt. Das altkonservative Element findet durch den Reichskanzler, der moderirte Konservatismus durch den Ministerpräsidenten,

---

*) Dieser Stadttheil verdankt seinen Namen dem Umstande, daß die Mehrzahl der denselben bildenden Straßen nach den europäischen Hauptstädten benannt ist.